

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1874

22.3.1874 (No. 69)

Karlsruher Zeitung.

Sonntag, 22. März.

№ 69.

Vorausbezahlung: vierteljährlich 2 fl.; durch die Post im Gebiete der deutschen Postverwaltung, Briefträgergebühr eingeschlossen, 2 fl. 7 kr. Expedition: Karl-Friedrichs-Strasse Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 6 kr. Briefe und Gelder frei.

1874.

Auf das mit dem 1. April beginnende zweite Quartal der Karlsruher Zeitung nehmen alle Postämter Deutschlands, des Elsses und der Schweiz fortwährend Bestellungen an. Preis im Großherzogthum Baden, durch die Post bezogen, Briefträgergebühr eingerechnet, vierteljährlich 2 fl. 7 kr.

Die Bestellungen aus den Landorten können den Landpost-Boten aufgegeben werden.

Telegramme.

† Berlin, 20. März. Die „Börse“ will wissen, der Kaiser hätte unter lebhafter Befürwortung des Finanz- und Handelsministers entschieden, daß den nothleidenden Privat-Eisenbahnen ihre finanziellen Rekonstruktionen und ihre Witterentlastung von Staatswegen thunlichst erleichtert und nach Umständen der Lage bei überwiegender öffentlichem Interesse auch durch temporäre Staatsbeihilfen, beispielsweise Vorschüsse und zeitweise Zinsgarantie Unterstützung gewährt werde.

† Berlin, 20. März. Die „Nordb. Allg. Ztg.“ meldet über das Befinden des Reichskanzlers: derselbe habe wiederum gut geschlafen, die Schmerzen seien gering und die Kräfte in guter Zunahme. Gleichwohl werde die Rekonvaleszenz voraussichtlich keine schnelle sein.

† Berlin, 20. März. Die Mittheilung der „Ball Mall Gazette“, das Auswärtige Amt in Berlin habe die Angaben des „Hon.“ über die Unterredung Tokais mit dem Reichskanzler dementiren lassen, entschert dem Vernehmen nach jeder Begründung. Jener Bericht ist weder in offizieller noch in offizieller Weise Gegenstand irgend einer Besprechung gewesen.

† Ostrowo, 20. März. Der Erzbischof Ledochowski hat das Erscheinen zu dem am 15. April angelegten Termin zur Beantwortung der Anklage vor dem Gerichtshof für kirchliche Angelegenheiten in Berlin abgelehnt.

† Wien, 20. März. Der „Neuen fr. Presse“ zufolge hätte die ungarische Regierung bei der Kreditanstalt angefragt, ob das von ihr vertretene Konsortium die zweiten 76 Millionen der ungarischen Goldanleihe zu übernehmen bereit wäre. Die Kreditanstalt habe geantwortet, daß das Konsortium im laufenden Jahr ungern eine neue Emission unternehmen würde, doch werde man, wenn es durchaus nöthig sein sollte, schon dafür sorgen, Ungarn nicht in Verlegenheit zu lassen.

† Bern, 20. März. Aus dem Jura wurden weitere 5 Geistliche ausgewiesen und in Delsburg und Laufen die zum Privatgottesdienst benutzten Lokale geschlossen.

† Haag, 19. März. Ein hier eingegangenes Telegramm aus Buitenzorg vom 18. d. meldet, daß in Folge des Erscheinens des holländischen Kriegsdampfers „Metalum Kruis“ fünf Hafenplätze an der Westküste von Sumatra die niederländische Oberhoheit anerkannt haben.

† Amsterdam, 20. März. „Reuter's Bureau“ meldet aus Penang: Die Holländer haben die Befestigungsarbeiten und die Verproviantung fortgesetzt. General Van Swieten kehrt dieser Tage nach Batavia zurück. In At-

schin bleibt Verspeyd mit 2000 Mann. Im Laufe des Oktober soll eine dritte Expedition folgen, wenn bis dahin kein Friede geschlossen ist.

† London, 20. März. Der „Times“ zufolge ist ein befriedigender Abschluß der Verhandlungen zwischen Sadyk Pascha und den Kontrahenten der Anleihe von 1873 erzielt. Die Bedingungen, unter denen der türkischen Regierung die zur Einlösung des April-Coupons erforderlichen Geldmittel angeboten wurden, sind weniger lästig wie bei früheren Veranlassungen. — „Daily News“ zufolge wird die Regierung die gefangenen Genier nächstens freilassen. — Eine erste Truppenabtheilung, die von der Goldküste kommt, schiffte sich heute in Portsmouth aus.

Deutschland.

† Straßburg, 20. März. Die suspendirten Gemeinderäthe hiesiger Stadt werden keinen Finger rühren, um der Regierung behufs Wiedereinführung einer geregelten Munizipalverwaltung im mindesten entgegenzukommen, das stand schon lange fest und ist jetzt auch den hartnäckigsten Optimisten klar geworden. Die Niedergerichtigkeit, der ohnmächtige Groll in den Kreisen, um die es sich handelt, wäre vielleicht bestigbar; aber es spielen in den hiesigen Verhältnissen immer die Personalfragen die entscheidende Rolle. Gar Bürgermeister zu werden — mehrere Eventualkandidaten werden genannt — gönnt keiner dem Andern. So hängen sie unablässig zwischen Leben und Sterben und schließlich ist nichts natürlicher, als daß die Masse der Bevölkerung den Rest ihres Vertrauens in diese Männer immer mehr verliert und sich die Welt beschaut, die ohne diesen Gemeinderath auch ihren leidlichen Schritt geht. Aber daß sie das Elend und Straßburg über Alles lieben und gerne ihr Alles für dasselbe geben wollen, fahren die Genannten muthig fort zu behaupten. Nur muß man sie nicht beim Worte nehmen. Es sind unerquickliche Leute. — Für den Kanton West und dessen morgige Nachwahl hat man, es scheint als Parodie, noch einen Kandidaten in der Person eines hebräischen Weinhändlers aufgestellt. Diese Aufstellung schlägt in das vorher erwähnte Kapitel. Nachdem große Worte, Proteste und alles Derartige wirkungslos verpufft sind, will man es von einigen Seiten mit Spasmoden und politischer Persiflage versuchen. „Sie spotten ihrer selbst und wissen nicht wie.“ — Auch die „Straßb. Ztg.“ berichtet, daß Bischof Röh in gutem Wohlsein hier eintraf. Derselbe will Anfang nächster Woche nach Berlin zurückkehren. — Als Festopfer zu Kaisers Geburtstag wird morgen im hiesigen Theater Marschner's „Templer und Jüdin“ mit einem Festprologe zur Aufführung kommen. Das Festmahl, das Sonntags im Offizierskasino stattfinden wird, verspricht eine große Theilnahme zu finden. — Für das Hauptbudget der Stadt Straßburg 1874 sind die laufenden Einnahmen mit 2,078,740 — 370,000 fr. mehr als im Vorjahre — angesetzt. Die Mehreinnahme gründet sich vor Allem auf das erhöhte Octroi der Stadt. In Folge derselben wurden u. A. die Gehalte der Gemeindebeamten sehr merklich erhöht, notwendige und nützliche Bauten in Aussicht genommen, Vorarbeiten für eine städtische Wasserleitung begonnen und ist ferner auch die Gründung einer städtischen Realschule in Betracht gezogen.

H München, 20. März. Mit Einführung des ehemals norddeutschen Kriegsdienst-Gesetzes in Bayern wurde hier auch eine bedeutende Steuer, das „Wehrgebiel“, aufgehoben; nach den nun vorliegenden Zusammenstellungen ertrag dieselbe im Jahre 1869 die Summe von 183,994 fl., im Jahre 1870 167,267 fl. und stieg im Jahre 1871, nachdem die allgemeine Dienstpflicht beinahe ihre volle Ausdehnung erlangt hatte, auf 325,659 fl. Während des dreijährigen Bestandes entziffert diese Wehrsteuer einen Gesamtuntertrag von 676,920 fl., welche zu Prämien für kaptulirende Unteroffiziere verwandt wurden und die Einstands-kapitalien ersetzen sollten. — Wie wir vernehmen, ist der Landtags-Abgeordnete Pfarrer Maier von Ebermannstadt abermals vor das oberbayerische Schwurgericht verwiesen und mit ihm auch der Buchdruckereibesitzer G. Schuch in München, beide wegen Amtshören-Beleidigung des k. Bezirksamtes Dr. Bachmaier in Ebermannstadt durch Herausgabe, bezw. Drucklegung von sogenannten „Schmähpäpfern“, welche sich mit der Person des Dr. Bachmaier beschäftigten.

† Berlin, 19. März. Die Kommission zur Mitwirkung bei der Berathung über Plan und Methode für die Aufstellung des Entwurfs eines Deutschen Bürgerlichen Gesetzbuches, welche gestern zusammengetreten ist, besteht aus folgenden Mitgliedern: Meyer, königl. preuß. erster Appellationsgerichts-Präsident in Paderborn, Dr. Goldschmidt, kaiserl. Rath am Reichs-Oberhandelsgericht in Leipzig, Dr. v. Küber, königl. württemb. Obertribunal-Direktor in Stuttgart, Dr. v. Neumayr, Reichsrath und Präsident des obersten Gerichtshofs des Königreichs Bayern in München, v. Weber, königl. sächsischer Präsident des Oberappellationsgerichts in Dresden. — Der im „Hon.“ veröffentlichte Bericht über die Unterredung des Fürsten Bis marck mit Tokai wird jetzt durch von hier an auswärtige Blätter versandte Telegramme als größtentheils erfunden erklärt. Namentlich hat Fürst Bismarck die Bemerkung über die französische Nation (Rothhäute) nicht gemacht.

† Berlin, 19. März. Es wird augenblicklich Seitens der maßgebenden Personen darüber verhandelt, wie dem Uebelstand eines gemeinsamen Arbeitens des Reichstags und Landtags am besten entgegengetreten werden möchte. Man spricht davon, nach dem Wiederbeginn der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses die Plenarsitzungen auf eine Woche auszuweichen, während welcher Zeit die Kommissionen einen Theil ihrer noch sehr umfangreichen Arbeiten erledigen könnten. Bis zum 20. April aber glaubt man unter allen Umständen in der Lage zu sein, die Reichstags-Session zu schließen. — Von dem hiesigen amerikanischen Gesandten, Hrn. G. Bancroft, wird in einigen Monaten die Fortsetzung seiner Geschichte der amerikanischen Revolution von 1778 an erscheinen, die auch mehrere, besonders für Deutschland durch die Gleichartigkeit der Entwicklung interessante Kapitel enthalten wird. — Für die Herbstsession des Reichstags soll ein Gesetz über die Einführung einer Reichs-Gewerbesteuer vorbereitet werden. Die deutschen Handelskammern sind bereits zu gutachtlichen Aeußerungen über das Projekt aufgefordert worden. — Die Abgg. Frankensburger, Tritscheller, Müller (Württemberg), Dr. Erhard haben zu dem bereits ausführlich besprochenen Petitions-

Groß-Theater.

† Karlsruhe, 20. März. Das Schauspiel-Repertoire der vorigen Woche bot keinen Anlaß zu einer Besprechung, da nur erst jüngst beurtheilte Vorstellungen bei obllig gleicher Besetzung wiederholt wurden. Zu Anfang der nunmehr abgelaufenen besetzten Charlotte Dirch-Pfeiffer's Schauspiel „Dorf und Stadt“ nach längerer Pause aufs neue seine längst erprobte sympathische Wirkung, obwohl die Darstellung jast der Hauptrolle zu wünschen übrig ließ. Fel. Pauser mangelt zu einer erfolgreichen Darstellung des Vorle drei Hauptfordernisse, Jugendlichkeit, der naturwahre Ausdruck naiver Empfindung und die Fähigkeit, die schwäbische Mundart auch nur annähernd richtig zu sprechen. Ihre vergeblichen Anstrengungen in letztgenannter Hinsicht machten auf den Zuschauer zuweilen einen fast peinlichen Eindruck; sie vermaßte den Accent an keiner Stelle richtig zu treffen und besätigte thatsächlich die Erfahrung, daß die Angewöhnung des Wiener Dialekts, in welchen ihre Rede alle Augenblicke verfiel, die Ausprägung jedes andern bis zur Unmöglichkeit zu erschweren pflegt. Zudem sprach die Darstellerin an vielen Stellen wieder so leise, daß sie mitunter geradezu unverständlich wurde. Es ist anzunehmen, daß die Dialektschwierigkeit sie etwas befangen machte und ihr Spiel dadurch einige Einbuße an Sicherheit und Wärme erlitt. Im Uebrigen wiederholte sich hier die bereits an ihrer Darstellung der Broni (Goldbauer) gemachte Wahrnehmung, daß Fel. Pauser, anerkannter Mäher eine recht gute Darstellerin eleganter Salondamen, ein naives, schlicht, aber tief empfindendes Dorfkind nicht naturwahr darzustellen vermag. Auch in den ergreifendsten Momenten hatte ihre Rede etwas Kaltes, Gezwungenes, Gemachtes; niemals gewann man den Eindruck wahrer, warmer Empfindung. Wie sehr ihr die Salonbame gleichsam zur andern Natur geworden, trat denn auch sofort wieder an ihrem Kostüm im zweiten, städtischen Theil des Stüdes zu Tage, an der Brant-toilette des 3. Akts wie an dem Schleppeid in der Promenadeszene.

So trägt sich eine Frau wie Lotie nicht. Das tief ausgeschüttete weiße Altagewand zumal war von geradezu störendem, dem Bilde, das man sich während der ersten Akte von der Erscheinung Lotie's im städtischen Kostüme etwa gemacht haben mag, scharf abweisendem Eindruck. — Ungleich besser gelungen ein richtiges, nicht mehr als nöthig idealisirt Bauer von gemüthlich sympathischem Wesen war der von Hrn. Körner trefflich gespielte Lindenwirt. Eine vorzügliche, das originale Talent des Darstellers auf das Wirksamste ins Licht stellende Leistung war der Christoph Walder des Hrn. Morgenweg, so drohlig naturwächtig, zugleich Heiterkeit und mitleidvolle Sympathie erregend, wie man diese Rolle selten spielen sehen wird. — Nicht auf gleicher Stufe mit diesen beiden tüchtigen Leistungen steht jene der Fel. Wabel als Bärbel, welche keinen sympathischen Eindruck hervorzurufen vermochte. Fel. Wabel ist als eine vielseitig verwendbare Utilité ein sehr schätzbares Mitglied unserer Bühne mit vorwiegendem Talent für schnippsche Kammerjungen und Chargen wie Frau Kullrich in den „Galoschen des Glücks“. Die Darstellung eines gemüthvollen Charakters wie diese Bärbel aber scheint außerhalb ihrer Sphäre zu liegen. Die Darstellung der Gräfin Ida Felsch durch Frau Lange war von treffender Charakteristik, der Ausdruck der mit energischer Selbstverleugnung niedergebaltener Leidenschaft von ergreifender Wahrheit. Wir wüßten zwar für die gemüthvolle Darstellerin der Tante Kurelie (Wesphal) eine dankbarere und für die Gesamtwirkung der Vorstellung ungleich wichtigere Aufgabe in diesem Stück, glauben aber aber eines direkten Vorschlags an dieser Stelle enthalten zu sollen. — Der Präsident war von Hrn. Kere recht würdig mit dem entsprechenden Air von Bornschmied dargestellt. Der Fürst des Hrn. Urbam war ein junger Gentleman von etwas hastigen Bewegungen, ohne eigentliche städtische Repräsentation. Etwas mehr Ruhe und selbstbewußte Gemessenheit ist für die Darstellung derartiger Anstandsrollen sehr zu empfehlen. — Als einer höchst gelungenen und ergötzlich wirklichen, von Humor und komischem Talente zeugenden Leistung sei

schließlich der Darstellung des Kammerjünglers (der hier wie wohl auf den weißen Bühnen als Offizier erscheint) durch Hrn. Hansen gedacht, einer vom Publikum mit „ungeheurer Theilnahme“ und lebhaftem Beifall aufgenommenen Charge.

Die Wiederholung des „Symbelin“ stellte den hohen dramatischen Werth dieses Schauspiels und die Vorzüge der Bearbeitung noch wirksamer als die erste Aufführung ins Licht. Insbesondere erwies sich die letzte Szene in ihrer vollendeten Arrondierung überaus wirksam. In der Charakteristik der Königin (Frau Lange) und des Glotz (Fr. Lange) machte sich eine, nicht in Einzelheiten hervortretende, wohl aber dem Gesamteindruck zu Gute kommende Modifikation des Kolorits bemerkbar. Von durchaus günstigem Eindruck waren auch wieder die gelungenen Leistungen des Hrn. und der Frau Gröfse als Posthumus und Imogen, sowie des Hrn. Weiser (Jachimo). Neu war Hr. Morgenweg, der an Stelle des erkrankten Hrn. Scherer den Plinio mit entsprechendem Ausdruck und guter Wirkung darstellte. — Die Vorstellungen von „Abelard“, „Dir wie mir“ und „Einer muß heirathen“ sind bei völlig gleicher Besetzung bereits in diesem Blatte eingehend besprochen.

In der Oper hatten wir „Figaro's Hochzeit“ in der bekannten Besetzung. Die Aufführung ging im Ganzen recht frisch und constant von statten. Es erübrigt nur, zu erinnern, daß, wenn man vom Zuschauerraum aus den Bogen nach seinem Fächerstrahlung davonlernen sehen kann, das vorherige ängstliche Abmähnen und der Ausschrei Susanna's nicht motivirt erscheint. Ein Sprung aus einem so niedrigen Fenster hat nichts Halbrechendes. — In der großentheils wohlgefügten Vorstellung von Verdi's „Troubadour“ war Hr. Goldampf (Manrico) ausnehmend gut bei Stimme und Stimmung. — Die Leistung des Hrn. Kuboff (Econore) ließ gefanglich hin und wieder zu wünschen übrig, war aber voll dramatischen Lebens. An Hrn. Pauser's sonst so sympathischer Leistung in der Partie des Grafen Luna bleibt nur wieder die allzu weiche, mit der Hand-

Bericht über Münzangelegenheiten nachstehenden Zusatzantrag eingebracht: „Den Reichskanzler ferner zu erlauben, zu veranlassen, daß zur Einlösung der preussischen Friedrichsdor auch mehrere Einlösungsstellen in den süddeutschen Staaten errichtet werden.“

Berlin, 20. März. Gestern Abend fand bei den Kaiserlichen Majestäten im Palais eine musikalisch-dramatische Unterhaltung statt. Eröffnet wurde dieselbe durch ein Konzert, in welchem Frau Artot und ihr Gatte, Sgr. Padilla, mitwirkten. Darauf folgte eine Vorstellung der französischen Schauspielergesellschaft. — Heute wird vom Königl. Hofe das Geburtsfest des Prinzen Friedrich Karl gefeiert. Mittags brachten die Kaiserl. Majestäten, sowie die Mitglieder des Königshauses und die hier anwesenden Gäste demselben ihre Glückwünsche dar. Am späteren Nachmittag waren sämmtliche hohe Herrschaften bei dem Prinzen und der Frau Prinzessin Friedrich Karl im Königl. Schlosse zur Familientafel vereinigt. — Zur Theilnahme an der Geburtstagsfeier des Kaisers werden außer den früher schon genannten hohen Gästen heute Abend der Fürst und der Erbprinz von Schaumburg-Lippe hier ankommen. Morgen früh um 7 Uhr trifft der Prinz Ludwig von Hessen aus Darmstadt in Berlin ein. Am Sonntag den 22., Morgens, erfolgt die Ankunft des Großherzogs und des Erbgroßherzogs von Oldenburg. — Wie verlautet, wird Se. Maj. der Kaiser an seinem Geburtstag Vormittags außer den hohen Herrschaften nur die diensttuenden Adjutanten und den engeren Hofstaat, sowie die Generale zur Gratulation empfangen. Die Beglückwünschungen der Staatsminister, der Botschafter und des Reichstags-Präsidenten geduldet der Kaiser in der am Sonntag im Königl. Palais stattfindenden Soirée entgegenzunehmen. Am 22. Nachmittags vereinigen sich die Kaiserlichen Majestäten mit den erlauchten Gästen und den Mitgliedern des Königshauses bei dem Kronprinzen und der Frau Kronprinzessin zu einer Festtafel. — Wie bereits gemeldet, kann der Reichskanzler und Ministerpräsident Fürst v. Bismarck wegen seines leibenden Zustandes am 22. d. M. die Mitglieder des diplomatischen Korps und die Räte des auswärtigen Amtes nicht zum Festdiner bei sich versammeln. Nach heutigen Verlautbarungen hat der Oberstkämmerer Graf v. Redern die Botschafter und Gesandten für den Sonntag zum Diner bei sich eingeladen. Den Räten des auswärtigen Amtes gibt der Staatssekretär, Staatsminister v. Bülow, am 22. das herkömmliche Diner. — Die Nachrichten über das Befinden des Fürsten v. Bismarck lauteten heute den Umständen nach günstig. Andauernd zeigt sich eine langsam fortschreitende Besserung.

Oesterreichische Monarchie.

* **Wien, 18. März.** Die für den entfernten Beobachter verwickelten Verhältnisse, die in der transleithanischen Reichshälfte den Politikern schwere Aufgaben stellen, charakterisirt ein Korrespondent der „Köln. Ztg.“ in klarer Weise mit folgender Darlegung:

Das Schicksal der Koalition in Ungarn ist also besiegelt, und es ist kein Zweifel, daß das Scheitern der Pläne, welche man in dieser Beziehung gefaßt hatte, hauptsächlich auf das feste Festhalten der Krone an dem durch den fribenunbschreyter Ausgleich geschaffenen Rechtshand zurückzuführen ist. Der König Franz Josef betrachtet im mitten des politischen Kampfes, der in Ungarn aufgewickelt wird, diesen Ausgleich als den einzigen festen Punkt, an dem man um keinen Preis rücken lassen dürfe, wolle man nicht den einzigen und letzten Halt in der Krise verlieren. Als daher der Führer des linken Centrum, Koloman Tisza, seine Bedingungen behufs Eintritts in das Koalitionskabinet aufstellte, fand er bei dem Groß der eigentlichen Deakisten viel weniger Schwierigkeit und Widerstand, als beim König selbst, der sich übrigens durch seinen bekannten Besuch beim greisen Deak in Person davon überzeugte, daß auch dieser Vater des Aus-

gleiches dieser Persönlichkeit schneidende kontrastirende Färbung des Gesangs vortrug und Spiels auszuwählen. Wer im Stande ist, seinen bedingungsweise begnadigten Gefangenen behalbe, weil die Geliebte durch einen freiwilligen Tod sich der Zahlung des Preises entzog, von deren Leiche hinweg sofort zum Tode zu senden, ist kein sentimental schmachtender Liebhaber, sondern ein starklich begehlicher Barbar, und Vortrag und Spiel des Darstellers sollen hier den Fehler des Textes und der Komposition mindestens modifizieren. Sehr an ihrem Plage war Fräulein Schneider als Agucena, deren Gesangsleistung und Spiel durchaus entsprechend und zuweilen von intensiver dramatischer Wirkung waren.

Die Aufführung von Dr. Kroenlein's „Magelone“ ist dem Vernehmen nach endgültig auf den 12. April festgesetzt.

7. Von Eduard Devrient's „Geschichte der deutschen Schauspielkunst“ soll zu Opiern der fünfte Band ausgegeben werden, betitelt: „Das Virtuosenhumor.“ Die fünf Hefen dieses Bandes haben folgende Ueberschriften: 1) Weitere Entwicklung der städtischen und Privatunternehmungen; 2) Fortgang und Entwicklung der Hoftheater; 3) Entwicklungsmoment am Berliner Hoftheater; 4) Ergebnisse; 5) Einwirkungen und Ausflüsse. — Der in seinem hohen Alter noch immer jugendliche Christophorus der Wiener Gesellschaft, Bauernefeld, hat wieder ein neues Lustspiel „Erländig“ vollendet, welches im Burgtheater zur Aufführung kommen wird. — Am Berliner Nationaltheater ist Wolzogen's Drama „Sakuntala“ mit glänzendem Erfolg in Szene gegangen und hat bereits zahlreiche Wiederholungen vor gut besetztem Hause erlebt.

— **Wien, 20. März.** Der „Wiener Vorstadt-Ztg.“ vom 20. d. entnehmen wir Folgendes: „Hilow's romantische Oper „Alessandro Stradella“ fand bei ihrer gestrigen ersten Aufführung in der „Königlichen Oper“ eine ziemlich wohlwollende Aufnahme. Hr. Stolzenberg vom Hoftheater zu Karlsruhe als Träger der Titelrolle rechtfertigte die lobende Anerkennung, welche ihm in diesen Blättern bereits zu Theil geworden ist, auf's neue. Er ist ein edler Sänger voll Kraft und Ausdauer; nur dem Verzuge zu größeren Anstrengungen fehlt seine Stimme gern einigen Widerstand entgegen, und rathen wir deshalb dem Sänger in seinem eigenen Interesse, nie mit vollen Regeln zu fahren.“ — B.

gleiches von einer staatsrechtlichen Neugestaltung desselben um keinen Preis etwas wissen wollte.

Was verlangte nun eigentlich Koloman Tisza? Als der Ausgleich geschaffen wurde, im Jahre 1867, übertrug man gewisse Dinge, wie das Heer, die auswärtigen Angelegenheiten und die Verwaltung der österreichisch-ungarischen Staatskassen, einer neu geschaffenen Körperschaft, den Delegationen, welche über diese Gegenstände parlamentarisch zu befinden hatten. Die Delegationen setzten sich aus Abgeordneten der beiden Häuser der Parlamente beider Reichshälften zusammen. Tisza und das linke Centrum fanden und finden nur, daß die Souveränität der ungarischen Volkvertretung durch dieses System verflüchtigt werde, weil sie Herrschaften und Auswärtiges ihrer direkten Beeinflussung entziele. Auch sie erkannten die Nothwendigkeit gewisser gemeinsamer Angelegenheiten an — aber sie wünschten sie der direkten Behandlung der beiderseitigen Parlamente vorbehalten. In Wien wie in Budapest hat der Reichstag eine Kommission zu wählen, welche die gemeinsamen Angelegenheiten mit den betr. Ministern durchberathen, dann aber erst an das jeweilige Mutterparlament wie jede andere Kommission zu berichten hätte, welches sich somit die endgültige Entscheidung in letzter Instanz für alle Fälle kläre. Mit einem Worte, man hätte einen Reichsrath geschaffen, welcher in allen Stücken demjenigen ähnlich war, durch den man im Jahre 1867 den großen Ausgleich überhaupt geschloß, und dieselben in schwerfälligen Prozeduren, welche damals unumgänglich waren, würden dann jedes Jahr von neuem in Anwendung kommen müssen. In selbst in streitigen Fällen zwischen den beiden Volkvertretungen wäre schließlich der König allein die Entscheidung anheim gefallen und dies ist die sogenannte absolutistische Spitze des Tisza'schen Programms.

Daß unter solchen Umständen auch die gemeinsame Heeresverwaltung an ihrer Einheitlichkeit Vieles hätte einbüßen müssen, liegt auf der Hand — genug, Tisza, wenn er ins Kabinet treten sollte, verlangt die Zusage, daß, wenn er für seine Person den Ausgleich von 1867 als Grundlage und Ausgangspunkt seiner ferneren Politik annehmen solle, man ihm wenigstens für eine spätere Zukunft den Ausbau dieses Verfassungswertes im obenbeschriebenen Sinne in Aussicht stelle. Diese Zusage zu geben, weigerte sich der König mit aller Entschiedenheit, während Sclay selbst und nicht wenige unter den Deakisten einen Moment lang Miene machten, sich auf das schlüpfrige Gebiet solcher staatsrechtlicher Zugeständnisse zu begeben, wodurch sie doch augenscheinlich ihre eigene Erstgeburt untergraben. Der Widerstand der Krone aber genügt, um diese lästiger gewordenen Deakisten wieder zu sich zu bringen, und so wurden Tisza's Forderungen zurückgewiesen; damit war aber auch die Koalition begraben, und nun sucht man noch andere Kombinationen, um zu retten, was überhaupt noch zu retten ist.

Wien, 20. März. Der konfessionelle Ausschuss des Herrenhauses hat den Antrag, über die Regierungsvorlage zur Tagesordnung überzugehen, gegen 8 Stimmen verworfen. Unter diesen 8 Stimmen befinden sich selbstverständlich die drei bischöflichen Ausschussmitglieder; die andern gehören dem ehemaligen Botschafter in Rom, Grafen Trautmannsdorf, dem ehemaligen Botschafter in Paris, Fürsten Metternich, dem ehemaligen Bundespräsidial-Gesandten und Minister des Auswärtigen Grafen Rechberg, dem ehemaligen Ministerpräsidenten Grafen Potocki und dem jederzeit streng kirchlichen, sonst aber nicht weiter zu qualifizirenden Grafen Falkenhayn. An der Spezialdebatte haben sich, der Kollektivklärung des Episkopats entsprechend, die Kirchenfürsten nicht betheiligt, doch war der Fürstbischof von Wien als Zuhörer zugegen.

Das Reichsgericht hat augenblicklich die Frage zu entscheiden, ob die im Bundesrecht begründete Militärbefreiung der ehemals Reichsunmittelbaren auch heute noch als in praktischer Geltung stehend zu betrachten sei. Fürst Windischgrätz ist es, der die Entscheidung darüber provoeirt.

Frankreich.

* **Paris, 19. März.** Die Vorgänge zu Chislehurst veranlassen das Organ Gambetta's, die „Republ. franç.“, zu einem sehr heftigen Angriffe gegen das Ministerium Broglie. Das Blatt erinnert an das von Hrn. Guizot mit Belgrave Square gegebene Beispiel und fragt dann:

Verdient das Septennium nicht, gegen die Leute vom 2. Dezember vertheidigt zu werden, wie Ludwig Philipp gegen seinen Neffen vertheidigt wurde? Hat das Frankreich von 1874 nicht eben so gut das Recht, wie das Frankreich von 1843 gegen die Verschwörer, gegen die befehligt zu werden, welche es mit neuen Unruhen, neuen Unordnungen, neuen Revolutionen oder Staatsstößen bedrohen, und welche die Nothwendigkeit anerkennen, die Institutionen, welche es besitzt, unter dem Vorwand zu unterdrücken, ihnen längere Sicherheiten zu geben? Ist das Septennium gegründet worden, um allen Fractionen das Mittel zu geben, damit die Einen in Chantilly, die Zweiten in Paris oder Versailles, die Dritten in England und die Uebrigen in Fribourg, Wien oder Antwerpen konspirieren und während sieben Jahre den Bürgerkrieg vorbereiten können? Wenn Frankreich auf diese Weise während sieben Jahre den Unternehmungen der koalirten monarchischen Parteien preisgegeben werden sollte, so müßte man an der Zukunft verzweifeln. Hr. de Broglie und Konsorten könnten die Verantwortlichkeit für eine solche Politik nicht annehmen. Insofern muß man sagen, daß das öffentliche Gewissen die Minister anklagt, wenn auch nicht die Urheber und Mithülftigen der bonapartistischen Kundgebung vom 16. März, d. h. einer aufrührerischen, für die Regierung des Präsidenten der Republik beleidigenden Manifestation zu sein, daß sie doch die Gesälligen, die Verbündeten, die Beschützer der Partei sind, welche das kaiserliche Recht zurückzuverlangen und gegen das Votum der Abgebung, d. h. gegen die Beschlüsse der Nationalversammlung zu protestieren wagt.

Das öffentliche Gewissen ist gezwungen, sich einzusetzen, daß das Kabinet vom 25. November gezwungen ist, heute einen Aufruf an die 17 Chislehurst-Deputationsmitglieder zu machen, welche an dem Manifest des Präsidenten mitgearbeitet haben, in welchem der Präsident der Republik durch einen geschäftigen Vergleich insultrirt wird. Das öffentliche Bewußtsein muß wohl anerkennen, daß Hr. de Broglie die Reisenden vom 16. März nicht allein nicht brandmarken, sondern daß er sich unter den Schutz ihrer Agenten im Lande stellen und glücklich sein wird, wenn sie zustimmen, den Einfluß und die Gewalt mit ihm zu theilen. Das Land verliert deshalb auch alles Vertrauen. Es weigert sich, auf so schwache, vor der Unversämtheit so demüthigte Minister und Staatsmänner zu zählen, welche nicht fähig sind, sich gegen eine Fraction, die 17 Deputirte im Parlament zählt, zu vertheidigen, die nicht den Rath noch die Mittel haben, gegen die Be-

schimpfung zu protestieren, welche man ihnen selbst, die man dem Staatsoberhaupt, dessen Repräsentanten und Agenten sie sind, der Nationalversammlung, von der sie ihre Gewalt haben, dem bestreuten und unglücklichen Vaterlande, das verdient hätte, daß man ihm diese neue Schmach erspare, angethan hat. Deshalb sind die wahren Schuldigen diese Abenteurer vom 16. März 1874 nicht die Kreaturen des kaiserlichen Regimes, die Bonapartisten, die ihr Handwerk treiben, sondern die Minister, welche vor Europa diese Kameleoposse dulden und uns zwingen, sie ebenfalls zu ertragen.

† **Paris, 20. März.** Das „Journ. off.“ veröffentlicht das Schreiben, welches, wie bereits gemeldet, der Marschall Mac-Mahon unter dem gestrigen Tage an dem Herzog v. Broglie gerichtet hat. Dasselbe lautet:

Ich habe so eben die Erklärungen gelesen, welche Sie in der Sitzung der Nationalversammlung vom 18. d. aus Veranlassung der Interpellation Leprieu abgegeben haben. Dieselben stimmen vollkommen mit den Ansichten überein, welche ich am 4. Februar d. J. in meiner Erwiderung auf die Anrede des Präsidenten des Pariser Handelstribunals kundgegeben habe. Ihre Ausführungen haben meine volle Zustimmung, und spreche ich Ihnen meinen Dank aus, daß Sie die Antebestimmungen, welche mir von der Nationalversammlung übertragen, und die Pflichten, welche mir für einen Zeitraum von 7 Jahren durch das Vertrauen der Versammlung auferlegt worden sind, so richtig definiert haben.

Der Passus der Rede des Marschalls Mac-Mahon vom 4. Februar, auf welchen in dem Schreiben Bezug genommen wird, wird im Anschlusse an dasselbe von dem „Journ. off.“ reproduzirt. Die betreffenden Worte lauten:

Am 19. November v. J. hat mir die Nationalversammlung die öffentliche Gewalt auf 7 Jahre übertragen. Meine erste Pflicht ist es, über die Ausübung dieses souveränen Beschlusses zu wachen. Seine Sie darüber ohne Sorge, während dieser 7 Jahre werde ich Ihre gegenwärtigen, auf gleichem Wege geschaffenen Ordnung der Dinge von Jedermann Achtung zu verschaffen wissen.

Paris, 20. März. Die Krankheit des Finanzministers Magne, an welche die politischen Kameleopier von Paris eben so wenig glauben wollten, wie an die Krankheit des Fürsten Bismarck, zieht sich in die Länge und es hat sich die Nothwendigkeit herausgestellt, die Leitung des Finanzministeriums interimistisch dem Handelsminister Dejean zu übertragen.

Der „Kappel“ hat Nachrichten aus Neu-Caledonien, die vom 31. Dez. v. J. datirt sind und sich über die Ankunft Henri Rochefort's, des Fräulein Louise Michel und anderer Deportirten verbreiten. Rochefort fand, als er an das Land stieg, unter andern Gefinnungsgeoffenen auch das Kommunitätsglied Paschal Groussset vor, während der Ereignisse der Kommune eine Zieleselbe seines Spottes, aber in der Gefangenschaft des Fort Boyard ein Bruder im Unglück. Die beiden Journalisten wollten auch in dem Straforte zusammenleben und Rochefort nahm seine Wohnung in dem aus Stroh und Lehm gebauten Hause, welches Groussset auf der Halbinsel Ducos inne hat. Am nächsten Tage versäumte Rochefort den Appell und erhielt dafür 24 Stunden Arrest; Paschal Groussset, der seine Entrüstung über diese nur auf einem Mißverständnis beruhende Beurtheilung nicht unterdrücken konnte, mußte dafür auf vier Tage in das Loch wandern. Louise Michel wurde mit acht Leidensgefährte in einer hölzernen Baracke untergebracht, unter den letzteren befand sich auch die Wittve Leroy, die Freundin des Kommunitätsglieds Urbain, die zur Zeit der kriegsgerichtlichen Verhandlungen von Versailles viel von sich reden machte.

Die gestrige Meldung, daß in Lyon die Wahl eines Abgeordneten an Stelle des verurtheilten Ranc bevorsteht, wird heute von offiziellen Blättern als eine irrthümliche bezeichnet. Die Beurtheilung des Hrn. Ranc erfolgte in contumaciam und hat daher nach französischem Recht keine definitive Kraft. Wenn Hr. Ranc sich den Gerichten stellte, so müßte der Prozeß auf's neue gegen ihn instruiert und er könnte dann möglicher Weise freigesprochen werden; er ist also rechtlich seines Abgeordnetenmandats nicht verlustig, und es liegt kein Grund zu einer Neuwahl vor, so lange nicht die Nationalversammlung selbst erklärt hat, daß er sein Mandat verlor.

Der Herzog von Padua, welcher bisher Maire der Gemeinde Courjon-l'Abbaye im Departement Seine-et-Marne gewesen, ist wegen der aktiven Rolle, die er in der Kundgebung von Chislehurst gespielt, dieses Amtes enthoben worden.

Dem „Monde“ wird aus Rom vom 20. März telegraphirt:

Der Papst empfing gestern eine Deputation der Insel Majorca und sagte zu denselben: Ich wünsche für Spanien Frieden und etwas, das eine Regierung genannt werden könnte. Was zur Zeit in Madrid waltet, ist nicht einmal der Schatten einer solchen. Diese Diktatoren weigern sich, die Bischöfe anzuerkennen — die ich öffentlich präkonisirt habe, obgleich dieselben im Einvernehmen mit Castelar gewählt worden sind.

Badische Chronik.

B.G. Karlsruhe, 18. März. (Sitzung des Gemeinderaths unter Vorsitz des Verblügermeisters Lauter.) Der Gemeinderath beschließt, gegen die Redaktion der „Karlsruher Nachrichten“ wegen Beleidigung des städt. Eichamts in einem Artikel der Nr. 31, gerichtliche Verfolgung eintreten zu lassen, falls der Verfasser oder Redakteur eine befriedigende Erklärung nicht abgeben wollte. — Für die Industriellen werden die üblichen Geldbeträge für Anschaffung von Prämien genehmigt. — Der von Bildhauer Bötz vorgeschlagene Vertrag über Lieferung der Marmorfigur für das Krieger-Denkmal erhält die Genehmigung. Die Figur, in Cararamarmor ausgeführt, wird längstens im Frühjahr 1877 zur Aufstellung kommen. — Von der Gaswerk-Direktion wird berichtet, daß nunmehr der Umha des Werkes vollendet und in vollem Betriebe sei. Die Kosten desselben waren auf 220,000 fl. veranschlagt und wurden nur um etwa 5000 fl. überschritten, obgleich Materialpreise und Tagelöhne, während des längsten Theiles der Bauzeit, in stetem Steigen waren. — Es wird mitgetheilt, daß die von der Gemeinde erbetene Vermehrung des

